

«Der Euro war stets ein ökonomisches Sorgenkind»

Der Basler Wirtschaftsprofessor Rolf Weder zeigt sich skeptisch über die Zukunft des Euro. Weder hält die Rückkehr zu nationalen Währungen immerhin für erwägenswert.

Mit Rolf Weder*
sprach Ulrich Glauber

Herr Weder, der Euro ist seit zehn Jahren als Bargeld im Umlauf. Welches Zeugnis stellen Sie der Gemeinschaftswährung aus?

Rolf Weder: Der Euro hat bis vor ungefähr einem Jahr überraschend gut dagestanden. Die Inflation lag unter zwei Prozent, gegenüber anderen Währungen war er eine ganze Zeit lang stärker, als man aus ökonomischer Sicht hätte voraussehen können. Die problematische Entwick-

lung der letzten Monate hat mit dem Konstrukt der Währungsunion als solche zu tun. Beat Spirig und ich haben das in unserem neuen Buch «Von Rosinen und anderen Spezialitäten»** folgendermassen ausgedrückt: «Der Euro war ein Politstar, aber aus ökonomischer Sicht ein Sorgenkind seit seiner Geburt.»

Liegt die krisenhafte Entwicklung der letzten Monate also am Konzept der Gemeinschaftswährung?

Die Europäische Währungsunion führt grundsätzlich dazu, dass die einzelnen Mitgliedsländer ihre nationale Konjunktur nicht mehr mit einer eigenen Geldpolitik beeinflussen können. Zudem verliert man mit dem Beitritt zur Eurozone einen wichtigen Anpassungsmechanismus: den Wechselkurs. Damit bleibt den Ländern zur Beeinflussung ihrer Konjunktur nur die staatliche Ausgaben-

beziehungsweise Fiskalpolitik. Daher ist es nicht erstaunlich, dass die Länder die Maastricht-Kriterien für die Eurostabilität von Beginn an nicht eingehalten haben. Insofern hat die Politik versagt.



Rolf Weder

Das war aber wenig überraschend, weil das Konzept extrem hohe Anforderungen an sie stellt.

Sie sprechen vom Ignorieren der Stabilitätskriterien, die bei der Einführung des Euro eine Grenze der Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) vorsehen und die Aufnahme neuer Kredite von mehr als drei Prozent des BIP verbieten.

Das ist richtig. Es gibt aber noch einen dritten wichtigen Punkt. Man hat sehr klug vorausgesehen, dass der Anreiz in einer Währungsunion gross ist, dass sich einzelne Länder auf Kosten der anderen Staaten überschulden. Deshalb wurde zusätzlich die sogenannte No-Bail-out-Klausel eingebaut. Sie besagt, dass ein überschuldetes Mitglied bei Problemen auf den Märkten von der Gemeinschaft nicht gestützt werden darf. Mit dieser Regel wollte man ein klares Signal an die Märkte und die Länder senden, dass keine Solidarhaftung besteht. Aber auch diese Klausel wurde ignoriert.

Was war die Folge?

Wenn man die No-Bail-out-Klausel von Anfang an ernst genommen hätte, hätten die Banken Staaten wie Griechenland oder Italien relativ frühzeitig Kredit nur noch zu hohen

und bald auch unerschwinglichen Zinsen eingeräumt. Dieser Mechanismus ist leider nicht eingetreten. Die Märkte haben von Anfang an erwartet, dass Euroländer in Not unterstützt würden. Die Politik hat auf diese Solidaritätsabsicht auch mehrmals hingewiesen und mit der Errichtung des Rettungsschirms nun auch in die Tat umgesetzt.

Hätte es aus ökonomischer Sicht einen anderen Weg gegeben?

Definitiv, die Alternative wäre gewesen, Griechenland schon vor einem Jahr bankrott gehen zu lassen. Das hätte sicher auch zu einer vorübergehenden Schwächung des Euro geführt. Die Gläubiger hätten sich schnell mit dem Schuldner an einen Tisch gesetzt und einen Schuldenschnitt ausgehandelt. Das wird jetzt reichlich spät schliesslich doch diskutiert. **FORTSETZUNG AUF SEITE 19**

«Der Euro war stets ein ökonomisches Sorgenkind»

FORTSETZUNG VON SEITE 18

Der EU-Gipfel in Brüssel hat Mitte Dezember immerhin das Signal ausgesandt, durch automatische Sanktionsmechanismen den Sparzwang zu verschärfen. Glauben Sie, dass diese Beschlüsse ausreichen?

Es wäre schön, wenn damit das Problem gelöst wäre. Aber durch die Gipfelbeschlüsse ist die Grundproblematik der Währungsunion nicht beseitigt. Wenn die neuen Stabilitätsvereinbarungen wirklich eingehalten werden – woran ich nach den bisherigen Erfahrungen grosse Zweifel hege – bleibt immer noch das Korsett der einheitlichen Währung für Länder mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft bestehen. Konkret: Griechenland ist bei Exportgütern und Dienstleistungen wie dem Tourismus

nur bei stark sinkenden Preisen und Löhnen international wettbewerbsfähig. Die Gewerkschaften und viele Griechen akzeptieren die notwendigen Einkommenseinbussen sowie den ganzen Umbau des Wirtschaftssystems nicht. Hätte man einen flexiblen Wechselkurs, würde sich die Währung der Griechen ohne allzu grosse Verteilungskämpfe im Inland abwerten.

Welche Alternativen würde es geben? Man könnte viel Geld drucken und damit Inflation verursachen. Mit der Geldentwertung sinken auch die Staatsschulden. Einige Vertreter in der EU liebäugeln mit dieser Strategie. Bezahlen müssten das aber die Bürger, weil auch ihre Einkommen und ihre Ersparnisse real weniger wert sind. Dazu kommt, dass es auch

teuer wird, die Inflation schliesslich wieder zu reduzieren. Das wäre dann auf jeden Fall mit einer grösseren Rezession verbunden.

«Man könnte viel Geld drucken»

Gibt es andere Alternativen?

Eine wäre sehr grundsätzlicher Natur: Ihr müsst die Einsicht vorausgehen, dass man die Probleme der Währungsunion und die ökonomische Unterschiedlichkeit ihrer Mitgliedstaaten unterschätzt hat. Dann wäre es denkbar, zu nationalen Währungen zurückzukehren, damit die Länder wieder selbstständig über ihre Schulden und ihre Geldpolitik entscheiden und Anpassungen über den Wechselkurs erfolgen können.

Die Schweiz kann selbstständig entscheiden, steht allerdings vor der para-

doxen Situation, dass gerade der starke Franken ihre Exporte extrem verteuert hat. War es ein Fehler, der Europäischen Union und der Eurozone nicht beizutreten?

Wegen eines Währungsproblems wird man nicht EU-Mitglied. Das beinhaltet ja viel mehr. Und als Euroland übernimmt man die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und muss zum Beispiel die Inflation akzeptieren. Wenn man ausserhalb ist, wie die Schweiz, kann man eine Geldpolitik nahe am Kurs der Euro-Notenbank betreiben. Man kann dann aber immer noch wählen. Als Mitglied hat man diese Wahl nicht mehr.

«Politik will viel Geld investieren»

Gibt es nach Ihrer Einschätzung den Euro denn in einem Jahr noch, und gehören alle Mitglieder wie zum Beispiel

Griechenland auch Ende des Jahres 2012 noch zum Klub?

Das ist schwierig vorauszusagen. Ich habe den Eindruck, dass die Politik extrem viel Geld investieren will, um das Projekt Gemeinschaftswährung vor dem Scheitern zu bewahren. Die Frage ist allerdings, ob die Bevölkerung – vor allem im Norden der Eurozone – diese Umverteilung in Richtung Südeuropa mitmacht. Wenn es den Euro weiter geben sollte, dürfte sich die Europäische Union enorm verändern in Richtung einer Fiskal- und Transferunion mit starren Regeln. Das ist aber nicht das Europa, das ich attraktiv finde.

* Rolf Weder ist Professor für Ökonomie und leitet die Abteilung Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel.

** Beat Spirig und Rolf Weder: «Von Rosinen und anderen Spezialitäten. Die Schweiz und die EU». Verlag Neue Zürcher Zeitung, 280 Seiten. 48 Franken.